

VERORDNUNG

über die Festsetzung der Abfallgebühren der Gemeinde Weiler

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Weiler hat mit Beschluss vom 27.11.2007 aufgrund des § 50 des Gemeindegesetzes, LGBl. Nr. 40/1985 idgF und der §§ 14 Abs. 1 Z 14 und 15 Abs. 3 Z 4 des Finanzausgleichsgesetzes 2005, BGBl. Nr. 156/2004, eine Änderung der Abfallgebührenverordnung vom 29.09.1997 verordnet:

1. Grundgebühren:

a) Grundgebühr für Einpersonenhaushalte	€ 38,32
b) Grundgebühr für Mehrpersonenhaushalte	€ 48,00
c) Grundgebühr für Ferienwohnungen	€ 48,00
d) Grundgebühr für sonstige Abfallbesitzer	€ 48,00

2. Abfuhrgebühren (Sack- und Entleerungsgebühren):

a) Sackgebühr für Bioabfall mit 8 l	€ 0,88
Sackgebühr für Bioabfall mit 15 l	€ 1,49
b) Sackgebühr für Restmüll mit 40 l	€ 3,06
Sackgebühr für Restmüll mit 60 l	€ 4,56
c) Gebühr für Sperrgutwertmarke	€ 9,50
d) Containerentleerung 240 l	€ 22,23
600 l	€ 56,86
800 l	€ 72,87
1.100 l	€ 92,43

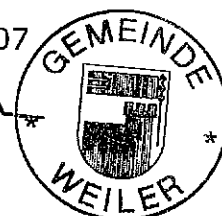
3. Schlussbestimmungen

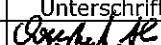

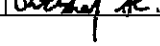
Die angeführten Gebührensätze verstehen sich inkl. der gesetzlichen USt von 10%.

Diese Verordnung tritt am 1.1.2008 in Kraft. Gleichzeitig verlieren alle bis dahin verordneten Abfallgebührensätze ihre Gültigkeit.

Weiler, am 4. Dezember 2007


Die Bürgermeisterin



Kundmachungsvermerk		
Diese Kundmachung wurde		Unterschrift
an die Amtstafel angeschlagen am	04.12.2007	
von der Amtstafel abgenommen am	7.1.08	
im Gemeindeblatt veröffentlicht unter Nr.	49	



Bezirkshauptmannschaft Feldkirch

Gemeindeamt Weiler

Eing. 17. JAN. 2008

Erl.

Zahl: BHFk-I-3223/0002
(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Feldkirch, am 15.01.2008

Gemeindeamt Weiler
6833 Weiler

Auskunft:
Mag Manuela Niedrist
Tel: +43(0)5522/3591-54015

Betreff: Verordnung über die Festsetzung der Abfallgebühren;
Verordnungsprüfung
Bezug: Schreiben vom 04.12.2007

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die oben bezeichnete, von der Gemeindevertretung Weiler am 27.11.2007 beschlossene Verordnung wurde gemäß § 84 Gemeindegesetz überprüft. Hierbei kam die Aufsichtsbehörde zu der Auffassung, dass die Verordnung nicht gesetzwidrig ist.

Die Aufsichtsbehörde geht davon aus, dass bei der Bemessung der Gebühren die diesbezüglichen Höchstbeiträge gemäß dem § 15 Abs 3 Z 4 Finanzausgleichsgesetz 2005, BGBl I Nr 156/2004 idgF, als auch gemäß § 17 Abs 2 des Vorarlberger Abfallwirtschaftsgesetzes, LGBl Nr 1/2006, Berücksichtigung gefunden haben.

Mit freundlichen Grüßen

Der Bezirkshauptmann

Dr Berndt Salomon